



# Personalversammlung 2018

Kennzeichnungspflicht, Akademie der Polizei, Auswirkungen EO300+, Nachwuchsgewinnung, ProBeSt sowie die Personal- und Einsatzsituation, Innensenator Andy Grote (SPD): „Regelaltersgrenze 60 Jahre bleibt“ – Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage nicht bezahlbar“ – Entlastung des Primärvollzuges in den Jahren 2020/2021 spürbar – Polizeipräsident Ralf Martin Meyer: „Die Polizei beabsichtigt die flächendeckende Einführung des Tasers“ – „Es gibt in 2019 und 2020 jeweils 50 weitere Telearbeitsplätze.“

2.000 Kolleginnen und Kollegen haben am 29. Oktober an der diesjährigen Personalversammlung der Polizei in der Messehalle A3 teilgenommen. Die viereinhalbstündige Veranstaltung wurde vom wiedergewählten Personalratsvorsitzenden und stellvertretenden DPoIG-Landesvorsitzenden, Klemens Burzlaff eröffnet und geleitet. Auch wenn es in diesem Jahr keine politischen Großveranstaltungen wie den brisanten G20-Gipfel des vergangenen Jahres gab, entspannt geht es bei der Ham-

burger Polizei nie zu. Die Einsatzbelastung aller Polizeibeschäftigten ist ungebrochen hoch und die Personalsituation ist nach wie vor „Spitz auf Knopf“, egal ob im Vollzug oder in der Verwaltung, egal an welcher Dienststelle!

Der Erste stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Hamburg, Thomas Jungfer, schloss sich in seinem Grußwort an die Kolleginnen und Kollegen den inhaltlichen Forderungen des Personalrats an. Für die DPoIG Hamburg bleiben die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge, die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die zwingende Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei bedeutende gewerkschaftspolitische Wegmarken. Die Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes muss spürbar und durchgreifend sein! Wie soll es sonst gelingen, genug geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die Polizei zu interessieren? Den Kampf um die besten Köpfe gewinnt man nicht durch Imagekampagnen, so Thomas Jungfer weiter. Natürlich begrüßt die DPoIG die Erhöhung



➤ Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff leitete souverän die diesjährige Personalversammlung.



➤ Thomas Jungfer, Erster stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender, während seines Grußwortes.

der Einstellungszahlen und es ist an der Zeit, dass die Akademie der Polizei den Auszubildenden endlich Rahmenbedingungen bietet, die angemessen und absolut notwendig sind, um eine moderne und den heutigen Anforderungen gerecht werdende Polizeiausbildung zu bieten. Genauso wichtig ist die Fortbildung im Polizeivollzug und auch für unsere tarifbeschäftigten Kollegen – hier darf es keinen weiteren Stillstand geben. Innere Sicherheit hat wieder oberste Priorität, die Polizeibeschäftigten

ten aller Laufbahnzweige und Verwendungen erwarten völlig zu Recht, dass die Politik den Rahmen setzt, damit der Sicherheitsanspruch der Bürger realisiert werden kann. Dazu brauchen wir in erster Linie mehr Personal und die Anerkennung und Wertschätzung aus der Politik, die uns den Rücken freihält und nicht mit Misstrauen begegnet, wie es jetzt wieder durch die Einführung der Kennzeichnungspflicht geschieht, formulierte Thomas Jungfer weiter in seinem Grußwort.

## Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolig@dpolig-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,  
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr  
Fotos: Andreas Reimer, Frank  
Riebow, Polizei Hamburg/PÖA,  
DPoIG Hamburg  
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



Der Geschäftsbericht des Personalrates erfolgte themen- und laufbahnzweigbezogen durch den Personalratsvorsitzenden Klemens Burzlaff, die stellvertretende Personalratsvorsitzende Beate Petrou (**DPoIG**) für den Laufbahnzweig Verwaltung (Vw), den Beisitzer im Personalratsvorstand, Christian Schmidt, für den Laufbahnzweig Kriminalpolizei (K), Ronald Helmer (**DPoIG**) berichtete für die Schutzpolizei (SCH) und Frank Riebow (**DPoIG**) informierte über Themenfelder innerhalb des Laufbahnzweiges Wasserschutzpolizei (WSP).

Personalratsvorsitzender Klemens Burzlaff skizzierte zunächst die ersten Schritte des beruflichen Weges eines Polizeischülers oder Kommissaranwärters innerhalb unserer Polizei. Was Schüler und Studierende heute an Rahmenbedingungen an der Akademie der Polizei vorfinden ist grenzwertig und hat mit der Ausbildung für den Dienst innerhalb einer modernen Großstadtpolizei in einer Metropolregion nichts zu tun. Das Polizeiausbildungszentrum (PAZ) mit den Hörsaalgebäuden I (Baujahr 1972) und II (Baujahr 1946) ist völlig inakzeptabel geworden. Die Einstellungsoffensive 300+ machen die Versäumnisse der Vergangenheit jetzt für alle sichtbar. Eine unzulängliche und über Jahre vernachlässigte Bausubstanz, Raumnot, Dusch- und Umkleidecontainer verteilt über die Liegenschaft und alles wird „überstrahlt“ vom

Waschbeton-Charme der 1970er-Jahre. Es ist nur der Einsatzbereitschaft und der Kreativität unserer Kolleginnen und Kollegen an der AK zu verdanken, dass eine qualitative Polizeiausbildung überhaupt noch stattfindet – Improvisation ist das neue Leitbild. „Hier braucht die Polizei endlich einen großen Wurf“, so Klemens Burzlaff weiter. Des Weiteren stellte der Personalratsvorsitzende zur beabsichtigten Einführung der Kennzeichnungspflicht fest: „Im Ergebnis muss man konstatieren, dass die Kolleginnen und Kollegen zum Spielball der Politik geworden sind. Alle guten Argumente gegen eine verbindliche Kennzeichnungspflicht wurden weggewischt! Und was ich absolut nicht verstehe: Es gibt eine bestehende, sehr weitreichende aber von meinen Kolleginnen und Kollegen akzeptierte Dienstvereinbarung zum Tragen von Namensschildern. Während der Ausbildung und des Studiums ist es verpflichtend ein Namensschild zu tragen! Bürgernahe Beamte sind verpflichtet ein Namensschild zu tragen! Einsatzleiter bei geschlossenen Einsätzen sind verpflichtet ein Namensschild zu tragen! Herr Senator, das ist akzeptiert, gängige Praxis und vollkommen ausreichend. Vertrauen sieht anders aus! Ich fordere Sie hier und jetzt auf, sobald die Möglichkeit besteht und sich die politischen Verhältnisse geändert haben, machen Sie die Kennzeichnungspflicht rückgängig!“

Der Tagesordnungspunkt „Aus-sprache“ startete mit einem Video. Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahnzweige und vieler dienstlicher Verwendungen haben die Möglichkeit genutzt und bereits im Vorfeld der Personalversammlung Fragen und Problemschilderungen an Innensenator sowie Polizeipräsident formuliert. Diese „Videobotschaften“ haben auch aufgezeigt, woran es an der Polizei Hamburg eben nicht mangelt – an der Einsatzbereitschaft und dem Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen. Da waren und sind wir alle großartig, unabhängig von den sonstigen Rahmenbedingungen stehen wir füreinander ein, da braucht es keinen G20! Innensenator Andy Grote nutzte im Rahmen seiner Rede die Gelegenheit, allen Kolleginnen und Kollegen für ihre geleistete Arbeit zu danken. Insbesondere hob der Innensenator die Arbeit der Soko „Schwarzer Block“ hervor. 900 im Zusammenhang mit den G20-Gewaltexzessen ermittelte Beschuldigte, zahlreiche Verurteilungen und erfolgreiche Öffentlichkeitsfahndungen sprechen hier eine deutliche Sprache. Er ist sich bewusst, dass die Einführung der Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einheiten ein hochemotionales Thema sei. Die Einführung ist aber politisch gewollt und erfüllt aus seiner Sicht eine gesellschaftliche Erwartungshaltung. Hinsichtlich der Akademie kündigte der Senator mehrere Bauvorhaben an, die dann die Situation deut-

lich verbessern werden. Darüber hinaus stellte er die Einstellungsoffensive in den Vordergrund und sicherte den Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges zu, dass die Regelaltersgrenze für den Polizeivollzug von 60 Jahren erhalten bleibt. Für die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage hingegen sieht Innensenator Grote aus finanziellen Gründen keine Chance. Bezüglich des Personalmangels verwies der Senator auf die Einstellungsoffensive und das Anwachsen des Haushalts seiner Behörde mit dem Schwerpunkt Polizei und Feuerwehr. Dazu zählen auch die zusätzlichen 100 AiP-Stellen in der Wertigkeit EG 8, die für Sonderaufgaben ab dem Sommer des kommenden Jahres zur Verfügung stehen und für unsere AiP-Kolleginnen und Kollegen eine echte Perspektive bieten. Des Weiteren kündigte Polizeipräsident Ralf Martin Meyer an, dass die Polizei die flächendeckende Einführung (Mannausstattung) der Elektroschock-Distanzwaffe (Taser) als notwendiges Einsatzmittel priorisiert. Die dafür nötige Überzeugungsarbeit im politischen Raum wolle er gerne leisten. Darüber hinaus hat der Polizeipräsident ebenfalls für das viel zu langsam und fehlerhaft laufende Personalabrechnungssystem KoPers zwei zusätzliche Stellen zur Entlastung der Personalsachbearbeiter genehmigt.

*Der Landesvorstand*





© Frank Rebow (4)

## dbb Landestarifkonferenz 2018 – „Chancen für die Zukunft“

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt entwickeln sich rasant – insbesondere durch die Digitalisierung und Automatisierung vieler Arbeitsplätze. Wir müssen diesen Trends mit ausreichendem und für neue Herausforderungen qualifiziertem Personal im öffentlichen Dienst begegnen. Im Gegenzug trifft uns die demografische Entwicklung voll – die geburtenstarken Jahrgänge gehen demnächst in den wohlverdienten Ruhestand. Jetzt gilt es die Weichen zu stellen, die gewerkschaftlichen Kräfte zu bündeln und gemeinsam die „Chancen für die Zukunft“ zu gestalten. Diese Chance wurde Mitte November auf dem von Michael Adomat geleiteten dbb Branchentag im Polizeipräsidium Hamburg genutzt. Wir konnten als Referenten und Gäste den Landesbundvorsitzenden des dbb Hamburg, Rudi Klüver, die stellvertretende Vorsitzende der Landestarifkommission, Beate Petrou, die stellvertretende Vorsitzende der dbb Jugend Bund, Liv Grolik, **DPoIG**-Landesvize Thomas Jungfer, den Personalratsvorsitzenden

der Polizei und **DPoIG**-Landesvize Klemens Burzlaff, Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, den Leiter des Grundsatzbereichs Arbeits- und Tarifrecht aus dem Personalamt Hamburg, Andre Kuhring, und den katholischen Polizeiseelsorger Marc Meiritz begrüßen. Unsere Gäste gewährten mit ihren Vorträgen einen Einblick, in welche Richtung und aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet, der öffentliche Dienst sich hinbewegen muss beziehungsweise was aus Sicht der Arbeitnehmer verhindert werden sollte. Die **DPoIG Hamburg** ist als starke Fachgewerkschaft innerhalb des dbb dabei unverzichtbar! Im zweiten Teil der Veranstaltung hat der zweite Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Friedhelm Schäfer, über die anstehende Tarifrunde gesprochen. Viele Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an der anschließenden regen und konstruktiven Diskussion. So waren sich viele Gewerkschafter einig, dass die Forderung der dbb Bundestarifkommission, der auch Michael Adomat angehört, neben

dem stufengleichen Aufstieg bei Höhergruppierungen, der Entzerrung der Entgeltgrup-

per der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Die Termine für die Einkommensrunde 2019



pe 9 und einer sozialen Komponente für die unteren Einkommensgruppen, mindestens eine zweistellige Prozentzahl als lineare Erhöhung beinhalten muss.

Am 20. Dezember wird die endgültige Forderungsfindung von der dbb Bundestarifkommission auf einer Pressekonferenz in Berlin öffentlich bekannt gegeben. Wir hoffen auf ein starkes Signal in Richtung

sind bereits festgelegt: Die Auftaktrunde findet am 21. Januar 2019 in Berlin in der Landesvertretung Baden-Württemberg statt. Bereits am 6. und 7. Februar 2019 treffen sich beide Seiten zur zweiten Runde, die finale Einkommensrunde ist dann vom 28. Februar bis zum 2. März in Potsdam terminiert. Wir werden weiterhin zeitnah berichten und hoffen auf eure tatkräftige Unterstützung!





# Alle Jahre wieder läuft was schief

## Auswahlverfahren zum LA-II-Studium – Desaster mit Ansage

Für das am 1. April kommenden Jahres beginnende Studium zum gehobenen Polizeivollzugsdienst an der Akademie der Polizei Hamburg, wurden Anfang dieses Jahres 56 Stellen ausgeschrieben. Am 28. Juni – vor fünf Monaten (!) – haben die Kolleginnen und Kollegen, die den ZAF-Test bestanden haben, die Zugangsklausuren geschrieben. Aufgrund interner Fehler innerhalb der Akademie musste Ende August eine weitere Klausur (!) geschrieben werden. Seitdem warteten alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen und deren Dienststellen auf ein Ergebnis, sie warteten und warteten und ...! Für jede Kollegin und jeden Kollegen ist die Zulassung zum Studium ein persönlicher Erfolg, aber auch eine erhebliche Veränderung in der eigenen Lebensplanung. Da ein Ende dieser Wartezeit nicht absehbar wurde, hat die **DPoIG Hamburg** Polizeipräsident Ralf

Martin Meyer aufgefordert, das aktuelle Verfahren unverzüglich zu beschleunigen, damit die Kollegen und ihre Dienststellen endlich Klarheit und Planungssicherheit haben. Schließlich haben die Betroffenen ein Anrecht darauf, rechtsicher über die Zu- oder Nichtzulassung zum Studium informiert zu werden. Die Intervention der **DPoIG** hatte Erfolg. Kurz nachdem die **DPoIG**-Forderung öffentlich wurde, kam endlich Dynamik in das Auswahlverfahren und „plötzlich“ waren die Klausurergebnisse da! Ab dem 20. November wurden dann die Bewerberinnen und Bewerber von der Personalabteilung (PERS 22) über ihr Ergebnis informiert. Die **DPoIG** gratuliert allen zum Studium zugelassenen Kolleginnen und Kollegen und wünscht ihnen dabei viel Erfolg – auch während des Studiums ist die **DPoIG** an eurer Seite!

■ **Aber: So kann es nicht weitergehen!**

Man konnte in den vergangenen Jahren fast die Uhr danach stellen: Sobald die „Aufsteiger-Stellen“ ausgeschrieben waren und das Auswahlverfahren startete, tauchte irgendein Problem auf. Oder ein vermeidbarer Fehler trat zutage und das gesamte Verfahren „ruckelte“ und verzögerte sich. Geklärt wurden diese oft hausgemachten Probleme dann nicht selten vor dem Verwaltungsgericht. Wir fordern ein Überdenken des derzeitigen LA-II-Personalauswahlverfahrens im Sinne der zukünftigen Bewerberinnen und Bewerber, aber auch der beteiligten



Dienststellen! Ein „Weiter so!“ ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Solch ein desaströses, fehlerbehaftetes und langwieriges Verfahren darf es nicht wieder geben.  
*Der Landesvorstand*

# Ladungssicherungskonzept für FuStw in Arbeit

Nachdem seit geraumer Zeit die Umstellung bei der Beschaffung der Funkstreifenwagen (FuStw) auf Kombis umge-

setzt wird, wurde der Ruf nach einem vertretbaren Ladungssicherungskonzept für das Ein- satzequipment in den Fahrzeu-

gen immer lauter. Wird es wirklich bald soweit sein, dass nicht mehr die gesamte Ausrüstung auf der Straße öffentlich „verteilt“ werden muss, damit man an einen dringend benötigten Spaten oder einen Leitkegel gelangen kann? Und das beim anschließenden Verstauen auch alles wieder Platz findet? Der Leiter des Polizeifuhrparks (VT 220), Thorsten Krumm, teilte nun mit, dass tatsächlich eine

baldige Lösung in Sicht ist! Nach einer mehrmonatigen Entwicklungszeit wurden zunächst zwei unterschiedliche Erprobungsgrundlagen gefunden. Ein spezielles Regalsystem, das demnächst in die Pilotierung und dann hoffentlich in die Beschaffung gehen könnte. Damit wäre dann wieder eine langjährige Forderung der **DPoIG Hamburg** umgesetzt worden! Die **DPoIG Hamburg** wird die Entwicklung engmaschig begleiten und weiter berichten!

#SicherdurchHamburg

*Der Landesvorstand*





## Personalversammlung 2018

# „Die Akademie hat ein Problem“

Von Nicholas Kriegk, JUNGE POLIZEI

„Ich befinde mich derzeit im 5. Semester und bin die studentische Vertretung der Studierenden an der Akademie. Ich habe vor dem Studium bereits im mittleren Dienst gearbeitet.

Wie im letzten Jahr auch – der eine oder andere mag sich daran erinnern, dass ich bereits über die Situation an der Akademie berichtet habe – soll es auch diesmal wieder um die Irrungen und Wirrungen des Studiums gehen. Ich mache hier darauf aufmerksam, dass uns als Studierende und auch mir als studentische Vertretung und Mitglied des Fachbereichsrates bei Weitem nicht alle internen Abläufe der Akademie bekannt sind. Falls der eine oder andere Punkt bereits bewegt wird, so bitte ich um Nachsicht. Wie Klemens Burzlaß bereits berichtete, steht die Akademie vor einigen Herausforderungen und auch ich finde die Akademie hat ein Problem. Stünde dieser Satz in einer mittelklassigen Kolumne einer Boulevardzeitschrift, so sollte das Wort Problem fett gedruckt und sicherheitshalber unterstrichen werden.

Dieser Satz ist leider eine bezeichnende Tatsache, die unter anderem auf dem Rücken aller Auszubildenden und Studierenden ausgetragen wird. Wie den meisten bekannt sein dürfte, gliedert sich die Polizei Hamburg in mehrere sogenannte Organisationseinheiten

und die Akademie ist eine davon. Traurigerweise findet sich aus meiner Sicht die Organisation nur im Namen und spiegelt nicht immer konstant das wider, was die Akademie sein sollte – nämlich organisiert. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die einzelnen Dienststellen innerhalb der Akademie nicht immer präzise wie die Zahnräder eines Uhrwerkes ineinandergreifen, sondern manchmal, um es mal etwas überspitzt zu formulieren, versuchen, den eckigen Bauklotz durch das runde Loch zu stecken. Gerade im Rahmen der hochgelobten und für die Polizei dringend erforderlichen Einstellungsoffensive darf dies nicht sein.

Es kann nicht sein, dass unsere neuen Kolleginnen und Kollegen nicht unter den besten Bedingungen ausgebildet werden beziehungsweise studieren können. Es kann nicht sein, dass wichtige Lehrgänge für Studierende erst im Praktikum stattfinden, anstatt rechtzeitig davor.

Es kann nicht sein, dass auf dem Gelände der Akademie nach und nach ein Containerdorf errichtet wird, dass seinesgleichen zu suchen scheint und die alten Container zunehmend verwaisten. Es kann nicht sein, dass der Platz beim Umziehen nicht gegeben ist, weil die Spinde immer dichter zusammengestellt werden. Es

kann nicht sein, dass Spinde beim Öffnen der Türen zusammenbrechen, Tische in Hörsälen immer kleiner, gleichzeitig die Klassenstärken aber immer größer werden. Der zur aktiven Aufnahme von Vorlesungsinhalten zwingend erforderliche Sauerstoff ist dann schnell verbraucht und in den Sommermonaten hat man zusätzlich noch den Eindruck, im Dampfzuger sei es erträglicher als im aufgeheizten Hörsaal.

Die angesprochenen Organisationsschwierigkeiten werden auch sehr deutlich bei den verspäteten und sehr kurzfristigen vollständigen Planungen der Vorlesungen.

Der Bachelorstudiengang Polizei, den wir Studierende absolvieren, unterliegt einer gewissen Schizophrenie. Er muss sowohl den Ansprüchen internationalen Rechts entsprechen als auch den eigentlichen Bedarfsträger Polizei bedienen, denn – und ich glaube, da sind wir uns alle einig – der Polizeiberuf ist ein praktischer und kann nicht nur durch bloße Theorie erlernt werden. Dass beispielsweise Sportabnahmen nicht im Studium stattfinden, sollte dringend überdacht und geändert werden. Und auf einen Punkt möchte ich zum Ende noch einmal besonders eingehen: Anstatt eine Praktikumsbewertung zu bekommen wie im mittleren Dienst, schreiben wir eine berufsprakti-



> Nicholas Kriegk

sche Klausur. An dieser Stelle sei gesagt, dass ein bei jedem Einzelnen unterschiedlich verlaufendes Praktikum nicht mit einer wissenschaftlichen Theorieleistung bewertet werden kann. Eine praktische Leistung sollte auch durch Praktiker bewertet werden! Zudem können die Dienstgruppen- oder Sachgebietsleiter dann nicht nur die fachliche Leistung, sondern auch die charakterliche Entwicklung betrachten. Wollen wir diesen Aspekt nicht auch in das Studium mit einfließen lassen? Dieses Konstrukt findet immerhin auch seit Jahren im mittleren Dienst erfolgreich Anwendung. Ich habe die entsprechenden Gesetze für Fachhochschulen und unsere Akademie aufmerksam gelesen und bin zum Ergebnis gekommen, dass es durchaus möglich ist, diese Vorgehensweise auch auf den gehobenen Dienst zu übertragen. Gerade auch um die Akademie hinsichtlich der Einstellungsoffensive zu entlasten und das Studium attraktiver zu gestalten, sollten wir uns über die genannten Probleme ernsthafte Gedanken machen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!“  
(Es gilt das gesprochene Wort.)



© Frank Riebow (3)

> Kolleginnen und Kollegen aus allen Fachgewerkschaften des dbb Hamburg.

## dbb Personalrätekonferenz 2018

### Neue Herausforderungen in einer digitalen Welt

Mehr als 100 Personalräte aus allen Fachgewerkschaften des dbb Hamburg kamen im Oktober im Bürgerhaus Wilhelmsburg zu einer Personalrätekonferenz zusammen. Die **DPoIG Hamburg** ist die mitgliederstärkste Fachgewerkschaft des Landesbundes Hamburg und mit Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**, und Michael Adomat, stellvertretender Vorsitzender des Fachbereiches Verwaltung, im geschäftsführenden Landesvorstand des dbb Hamburg vertreten. Die **DPoIG Hamburg** war wie jedes Jahr mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen stark vertreten. Die rechtzeitige Information durch die Dienststellen und die Mitbestimmung der Personalräte bei der Einführung von neuen IT-Verfahren standen zunächst

im Mittelpunkt des Informations- und Meinungsaustausches. dbb Landeschef Rudolf Klüver verwies auf die oft schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit bei IT-Vorhaben der Stadt. Beispielhaft seien an dieser Stelle die teilweise aus dem „Ruder gelaufenen“ IT-Verfahren HERAKLES, SNH und JuS-It genannt. Aktuell ist KoPers in der Diskussion: Nach dem Rollout des hamburgweiten Abrechnungssystems, das eigentlich das veraltete System PAISY ablösen sollte, ist Ernüchterung eingezogen. Bei der Polizei laufen zurzeit beide Systeme parallel, da KoPers zu langsam ist und bei Weitem noch nicht alle Funktionalitäten bietet, die versprochen waren. 80 Millionen Euro hat KoPers gekostet und sollte bereits 2014 in Betrieb gehen. Das Ziel war eine moderne

Personalsoftware für die Hamburger Verwaltung – Ziel verfehlt und „Ab dem Start veraltet“ lautet das derzeitige, eher frustrierende Fazit.



> Rechtsanwalt Heiko Klages informierte kurzweilig über die DSGVO.

die kommenden Veränderungen fit gemacht werden. Die Digitalisierung darf jedoch nicht Mittel zum Zweck sein, um wieder einmal einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst auf Bundes- und Länderebene voranzutreiben! Tatsache bleibt jedoch, dass fast alle Arbeitsplätze in der Verwaltung einer sehr dynamischen Veränderung unterliegen. Der dbb Hamburg wird mit seinen Fachgewerkschaften in allen Verwaltungsbereichen als kompetenter Gesprächspartner zum Wohle der Bediensteten zur Verfügung stehen. Im weiteren Verlauf ging es dann um die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

#### > **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Zeiten der DSGVO**

Referent Rechtsanwalt Heiko Klages ging es in erster Linie darum, die Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren, denn ohne Einverständniserklärung Bilder oder Videos zu veröffentlichen, kann unter Umständen nicht nur zu einem langwierigen Rechtsstreit führen, sondern sehr teuer werden. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden die Mitglieder des Arbeitsausschusses der Personalrätekonferenz für eine neue Legislaturperiode gewählt. Die bisherigen **DPoIG**-Vertreter Liv Grolik und Klemens Burzlaff haben nicht wieder kandidiert. Vielen Dank für eure geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. Erneut kandidiert und mit einem herausragenden Wahlergebnis wiedergewählt wurde Beate Petrou, stellvertretende Personalratsvorsitzende der Polizei Hamburg und Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung der **DPoIG Hamburg**. Herzlichen Glückwunsch Beate und alles Gute für die weitere Arbeit in diesem wichtigen Gremium!

Im öffentlichen Dienst war, ist und bleibt immer noch der Mensch die wichtigste Ressource. Natürlich braucht die Verwaltung die entsprechende digitale Infrastruktur, aber ohne qualifiziertes Personal wird sie weder den Bürgern noch dem Arbeitgeber nutzen. Das bedeutet unter anderem, dass junge Menschen, gerne auch mit IT-Vorkenntnissen, in die Verwaltung geholt werden müssen. Darüber hinaus muss das vorhandene Personal für

Der Landesvorstand



> Die Teilnehmer der **DPoIG Hamburg** an der diesjährigen Personalrätekonferenz.



# WSP: Besondere Einstellungs-voraussetzungen entfallen

Großpatentinhaber werden nach der LA-II-Prüfung Polizeioberkommissar

Von Frank Riebow,  
Vorsitzender Fachbereich  
Wasserschutzpolizei

Seit mehr als viereinhalb Jahren versucht die Polizei ein modernes, attraktives und gerechtes Beförderungsmodell für den Polizeivollzug zu entwickeln – und das alles ohne zusätzliche Finanzmittel. Hinsichtlich der Nachwuchsgewinnung und der Berufsattraktivität für die Wasserschutzpolizei ein sehr wichtiges Projekt. Das gilt sowohl für den mittleren als auch für den gehobenen Dienst. Die **DPoIG** und auch der Personalrat haben diese Thematik immer wieder vorangetrieben und in diversen Gesprächen mit Behördenleitung und Polizeiführung problematisiert und Lösungsvorschläge unterbreitet. Jetzt gibt es einen Durchbruch!

## › Diese Veränderungen bedeuten eine Zäsur für die Wasserschutzpolizei. Was ist beabsichtigt?

Die zusätzlichen Einstellungs-voraussetzungen für den mittleren und gehobenen Dienst der Wasserschutzpolizei werden komplett gestrichen. Das bedeutet, nach der Änderung der Hamburger Laufbahnverordnung Polizei können sich alle interessierten Bewerberinnen und Bewerber auch ohne besondere maritime oder sonstige WSP-spezifischen Vorkenntnisse

direkt für die Wasserschutzpolizei im Laufbahnabschnitt I oder II bewerben. Polizei-kommissarsanwärterinnen und -anwärter des Laufbahn-zweiges Wasserschutzpolizei, die vor ihrem Studium an der Akademie der Polizei ein nautisches oder technisches Patent erworben haben und Inhaber sogenannter Großpatente sind, werden nach der LA-II-Prüfung sofort in das Einstiegsamt A10 eingewiesen – also zu Polizeioberkommissaren ernannt.

Folgende Patente werden berücksichtigt:

### Nautischer Bereich

#### § 29 Abs. 1 See-BV:

- › Nautischer Wachoffizier NWO
- › Erster Offizier NEO
- › Kapitän NK

### Fischerei

#### § 33 Abs. 1 See-BV:

- › Kapitän BG (Befugnis zum Kapitän und zum Ersten Offizier in der Großen Hochseefischerei)
- › Kapitän BK (Befugnis zum Kapitän in der Kleinen Hochseefischerei)
- › Nautischer Wachoffizier BGW (Befugnis zum Wachoffizier in der Großen Hochseefischerei)

### Technischer Bereich

#### § 38 Abs. 1 See-BV:

- › Technischer Wachoffizier TWO
- › Zweiter technischer Schiffsoffizier TZO
- › Leiter der Maschinenanlage TLM

#### § 41 See-BV:

- › Elektrotechnischer Schiffsoffizier ETO

### Wichtig: Es sollen ausschließlich Befähigungszeugnisse des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) anerkannt werden.

Insofern bedürfen gleichwertige Befähigungsnachweise der Deutschen Marine oder ausländische Befähigungszeugnisse einer Bestätigung durch das BSH. Dies gilt bereits für Kolleginnen und Kollegen, die sich aktuell in der Ausbildung für den Laufbahnabschnitt II befinden.

- › Das Ausschreibungs- und Auswahlverfahren für die Wasserschutzpolizei wird von den anderen Laufbahnzweigen getrennt. Für WSP-Bewerber werden Ranglisten gebildet und Bewerber mit maritimen Qualifikationen werden bevorzugt gereiht. Dies ist notwendig, um auch zukünftig sicherzustellen, dass Bewerberinnen und Be-

werber mit wünschenswerten Qualifikationen den Weg in die Wasserschutzpolizei finden.

- › Anwärtersonderzuschläge werden auch weiterhin gewährt, wenn die Voraussetzungen für die Zahlung vorliegen.

Was mit der Zustimmung von Behördenleitung, Polizeiführung, WSP-Leitung und Personalamt beschlossen wurde, ist das Ergebnis des Betrachtens der Wirklichkeit. Die Papierlage wird der Realität angepasst. Es freut uns insbesondere, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die bereits vor Eintritt in die Polizei ein mehrjähriges Studium absolviert haben, dies jetzt entsprechend anerkannt bekommen. Was noch fehlt, und Wünsche darf man ja immer haben.

Unsere Bitte an ProBeSt, bitte prüfen sie noch einmal die Möglichkeit einer sofortigen Einweisung in das Amt A 8 Polizeiobermeister für diejenigen Berufsanfänger, die etwas „mitbringen“, sich aber nicht für den Laufbahnabschnitt II bewerben konnten. Wir bedanken uns beim Projekt ProBeSt und bei allen Beteiligten für dieses Ergebnis. Das ist ohne Zweifel ein Fortschritt.



# Nebentätigkeit eines Polizeibeamten Die Polizei verbietet – das Verwaltungsgericht widerspricht



© P. M. Hill / Fotolia

Ein Polizeihauptkommissar aus Rheinland-Pfalz stritt mit seinem Dienstherrn um eine Nebentätigkeitsgenehmigung. Er wollte als Referent in einer Fahrschule tätig sein.

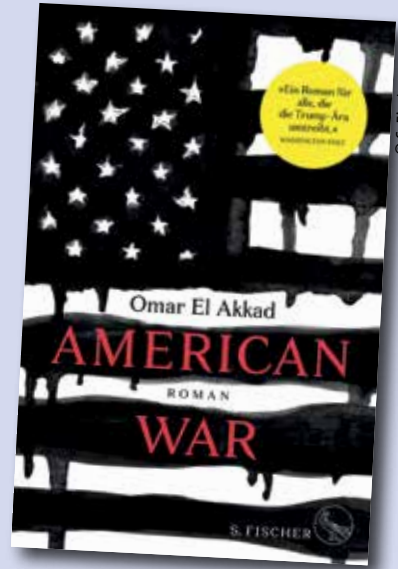
Der Dienstherr verbot diese Nebentätigkeit mit der Begründung, dass die Ausübung dieser Tätigkeit in einen Widerstreit mit seinen dienstlichen Pflichten treten könnte. Bei der Ausübung der dienstlichen Aufgaben als Sachbearbeiter in der Kontrolle des Schwerverkehrs sei nicht ausgeschlossen, dass der Polizeibeamte in Kon-

takt zu Teilnehmern seiner Schulungen gerate. Er könne sich möglicherweise veranlasst sehen, Verstöße dieser Teilnehmer nicht zu ahnden, um seine Nebentätigkeit nicht zu verlieren. Das Verwaltungsgericht hob den ablehnenden Bescheid mit der Begründung auf, die Befürchtung des Dienstherrn gehe fehl, dass ein Polizeibeamter, der sowohl in der Verkehrsüberwachung als auch im privaten Fahrausbildungsbereich tätig ist, stets in einen Interessenwiderstreit gerate. Auch die Befürchtung des Dienstherrn, eine Genehmigung dieser Nebentätigkeit rufe bei den Kollegen der Verkehrsüberwachung „Begehrlichkeiten“ nach Nebentätigkeitsgenehmigungen hervor, sei zunächst einmal irrelevant. Das Aktenzeichen des vom dbb Dienstleistungszentrum Süd-West erstrittenen Urteils des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße lautet: 1 K 225/18. ■

## > DPoIG-Lesezeichen

### „American War“

Wir sind in Amerika im Jahr 2075. Das Mädchen Sarat Chestnut ist sechs Jahre alt, als sich die Vereinigten Staaten in einem Bürgerkrieg befinden. So wie Jahrhunderte zuvor, stehen sich der Norden (die „Blauen“) und der Süden (die „Roten“) hasserfüllt gegenüber. China und das Bouazizi-Reich, ein Zusammenschluss aus mehreren Ländern Nordafrikas, sagen jetzt der Welt, wo es langgeht. Was von Amerika übrig ist, versinkt in Gewalt und Armut. Die Küsten sind dem Klimawandel zum Opfer gefallen, ganze Landstriche sind wegen Trockenheit unbewohnbar, Millionen Menschen sind auf der Flucht, überall gibt es Flüchtlingscamps und der amerikanische Südwesten ist ein Protektorat von Mexiko. Den „Rest“ hat der Bürgerkrieg verwüstet. Der „rote Öl-Süden“ weigert sich, den vom Norden geforderten Verzicht auf fossile Brennstoffe zu akzeptieren. Im Grenzland der verfeindeten Parteien lebt Sarat, die Heldin des Romans. Sie wird später auf der Seite der „Roten“ kämpfen und will, nach schweren persönlichen Verlusten, nur noch Rache! Dem Schriftsteller Omar El Akkad ist gleich mit seinem ersten Roman „American War“ ein Bestseller und der internationale Durchbruch gelungen. Zuvor berichtete Akkad als Reporter über den Krieg in Afghanistan, Guantanamo oder die Black-Lives-Matter-Bewegung. Lesenswert!



© S. Fischer Verlag

Frank Riebow



© Pixabay

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Leserinnen und Leser des POLIZEISPIEGELS,  
der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)  
und die Redaktion „POLIZEISPIEGEL“ wünschen Euch/Ihnen  
ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest  
und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches,  
gesundes neues Jahr 2019.

Joachim Lenders  
Landesvorsitzender

Frank Riebow  
Landesredakteur

*Frohe Weihnachten*